



Zur Bahnprivatisierung

Rede von Dorothee Menzner, 16. Oktober 2008

LINEK fordert Stopp der Börsenpläne

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Dorothee Menzner von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dorothee Menzner (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Bahnfahrerinnen und Bahnfahrer!

(Zurufe von der CDU/CSU: Hui!)

Wir diskutieren im Rahmen einer sehr ungewöhnlichen

Sitzungswoche, einer der ungewöhnlichsten der vergangenen

Jahre, in einer Woche, in der nicht nur unsere Arbeit, sondern auch die Ängste, Unsicherheiten und Überlegungen der Menschen maßgeblich durch die Finanzkrise

und die daraus möglicherweise resultierende Wirtschaftskrise geprägt sind, über die Deutsche Bahn.

Die Große Koalition, die mit aller Macht und vielen Tricks monatelang das Verscherbeln unserer Bahn, eines

in Jahrzehnten und über Generationen hinweg
aufgebauten
Volksvermögens, vorangetrieben hat, war angesichts
dieser Krise wenigstens schlau genug, den
Börsengang
der DB AG erst einmal zu verschieben.

(Beifall bei der LINKEN)

Verschieben reicht aber nicht. Die Bahn gehört nicht
an

die Börse. Das haben wir von der Linken immer
gesagt,
und dabei bleiben wir.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von der
CDU/CSU: Dann hätten Sie das beantragen
müssen!)

Unsere Bahn darf nicht Renditeinteressen
unterworfen

werden. Der Bahn-Börsengang muss endlich
vollständig

abgesagt werden. Darin liegt die Differenz zum
Antrag

der Grünen.

(Beifall bei der LINKEN)

Aktuell vertreten wir diese Forderung in diesem Haus
noch allein. Inzwischen teilen aber 90 Prozent der
Menschen

diese Ansicht. Das sind die Menschen, deren
Interessen

wir hier eigentlich zu vertreten haben.

Wir diskutieren heute aber auch über einen
Gesetzentwurf

des Bundesrates; das wurde bereits angesprochen.

Dieser hat den durchaus verräterischen Titel „Entwurf
eines Gesetzes zur Sicherstellung von

Eisenbahninfrastrukturqualität

und Fernverkehrsangebot“. Der Börsengang

bedroht also die Infrastruktur und das

Fernverkehrsangebot?

Wen sollte das überraschen? In seinem

Gesetzentwurf benennt der Bundesrat auch gleich eine Alternative. Wie alle wissen, ist der Bundesrat nicht von den Linken dominiert. Als Alternative benennt er den Verzicht auf die Kapitalprivatisierung der DB AG.

Genau das ist die Alternative.

(Beifall bei der LINKEN)

Seit es darum geht, die Bahn kapitalmarktfähig zu machen, erlebten wir in den letzten Jahren eine Ausdünnung des Fernverkehrsnetzes. Das muss durch den Einsatz von immer mehr Regionalzügen, die von den Ländern gestellt werden, kompensiert werden. Ganze Regionen wurden und werden vom Fernverkehr abgeschnitten.

Außerdem ist es zu zahlreichen und lauter werdenden Klagen gekommen, unter anderem zu Klagen der Verkehrsverbände über den Zustand des Schienennetzes.

Daraus kann nur eine einzige Schlussfolgerung gezogen

werden: Wo es um Rendite geht, bleibt die Mobilität von Gütern und Menschen auf der Strecke.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich möchte Ihnen das an einem Beispiel verdeutlichen:

Der polnische Sejm beschloss kürzlich, Gelder für die Verbesserung der

Eisenbahnfernverkehrsverbindungen

Polen-Berlin und Polen-Dresden bereitzustellen. Die

DB AG sperrte sich aber, da mit diesen Fernzügen keine

Rendite von 14 Prozent erzielt werden kann. Eine Renditeerwartung

von 14 Prozent ist eine Renditeerwartung an

sogenannte innovative Finanzprodukte: an Swaps,
Futures
und all die Dinge, die die Mehrzahl von uns vor ein
paar
Wochen wahrscheinlich noch gar nicht kannte.
(Patrick Döring [FDP]: Von denen Sie nach
wie vor nichts verstehen!)

Dies sind aber keine Renditen, die in der realen
Wirtschaftswelt,
in Industrie und Handel im Normalfall dauerhaft
erzielt werden, schon gar nicht im
Schienenpersonenfernverkehr.

(Patrick Döring [FDP]: Die Bahn macht mehr
als Personenfernverkehr!)

Dies gilt auch im Hinblick auf die innovativen
Finanzprodukte.

In diesen Tagen wird Folgendes deutlich - wenn wir
nicht aufpassen, wird sich das bei der Bahn
wiederholen

Die Zeche zahlt letztendlich der Steuerzahler und
zahlen damit alle Menschen im Land.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von der
CDU/CSU: Was denn für eine Zeche?)

Genau deswegen fordern wir die endgültige Absage
des

Bahn-Börsengangs, die Wiederherstellung des
Einflusses

des Eigentümers auf das Management der DB AG
und ihrer Tochterfirmen, ein flächendeckendes
Verkehrsangebot,

gerade in der Sparte Fernverkehr - das muss
gesetzlich verankert sein -,

(Beifall bei der LINKEN)

und nicht zuletzt faire Arbeitsbedingungen und
Beschäftigungssicherung
für die Mitarbeiter der DB AG.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN - Uwe Beckmeyer)

[SPD]: Das macht weitere 10 Milliarden
Euro!)